

<b>Protokoll:</b>	<b>Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	131
		<b>TOP:</b>	3
	<b>Verhandlung</b>	<b>Drucksache:</b>	398/2020
		<b>GZ:</b>	SI/JB
<b>Sitzungstermin:</b>	19.10.2020		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BMin Fezer		
<b>Berichterstattung:</b>	die Vorsitzende, Herr Vecellio (JugA)		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Kappallo / pö		
<b>Betreff:</b>	<b>Konzeption, Förderung und Standorte für künftige Begegnungsstätten für Ältere PLUS und Stadtteil- und Familienzentren PLUS</b>		

Vorgang: Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 28.09.2020, öffentlich, Nr. 96  
 Jugendhilfeausschuss vom 28.09.2020, öffentlich, Nr. 105  
 jeweiliges Ergebnis: Vertagung  
 Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 19.10.2020, öffentlich, Nr. 123  
 Ergebnis: einstimmige Beschlussfassung

Beratungsunterlage ist die gemeinsame Vorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration und des Referats Jugend und Bildung vom 23.09.2020, GRDRs 398/2020, mit folgendem Beschlussantrag:

1. Den konzeptionellen Grundlagen und planerischen Grundsätzen für die Entwicklung von Begegnungsstätten für Ältere PLUS und Stadtteil- und Familienzentren PLUS (PLUS-Option) gemäß Anlage 1, Ziffern 1 und 2, wird zugestimmt.
2. Den Grundsätzen für die Förderung von Begegnungsstätten für Ältere PLUS ab 01.01.2020 wird zugestimmt (Anlage 2).
3. Den Grundsätzen für die Förderung von Stadtteil- und Familienzentren PLUS ab 01.01.2020 wird zugestimmt (Anlage 3).
4. Die Verwaltung wird ermächtigt, die bestehenden Fördergrundsätze auf Grundlage der Beschlussanträge 2 und 3 anzupassen und Ausführungsbestimmungen für Detailregelungen zu erlassen.

5. Der Umsetzung von 10 Standorten der PLUS-Option wird zugestimmt:
- Begegnungsstätte für Ältere Botnang, Griegstraße 8, Stuttgart-Botnang (Träger: Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Stuttgart e. V.)
  - Stadtteil- und Familienzentrum FuN - Familien- und Nachbarschaftszentrum Botnang-Nord, Paul-Lincke-Straße 8, Stuttgart-Botnang (Träger: eva Evangelische Gesellschaft Stuttgart e. V.)
  - Stadtteil- und Familienzentrum Feuerbach, St.-Pöltener-Straße 29, Stuttgart-Feuerbach (Träger steht noch nicht)
  - Begegnungsstätte für Ältere Bischof-Moser-Haus, Wagnerstraße 45, Stuttgart-Mitte (Träger: Caritasverband für Stuttgart e. V.)
  - Stadtteil- und Familienzentrum Neugereut, Flamingoweg 24, Stuttgart-Mühlhausen (Träger: Stuttgarter Jugendhaus gGmbH)
  - Begegnungsstätte für Ältere Münster, Schussengasse 1 - 5, Stuttgart-Münster (Träger: Dienste für Menschen gGmbH)
  - Stadtteil- und Familienzentrum Obertürkheim, Heidelbeerstraße 5, Stuttgart-Obertürkheim (Träger: Stuttgarter Jugendhaus gGmbH)
  - Stadtteil- und Familienzentrum Gaisenhaus, Hornbergstraße 99, Stuttgart-Ost (Träger: Pistoriuspflege e. V.)
  - Stadtteil- und Familienzentrum Mäulentreff, Mäulenstraße 5, Stuttgart-Untertürkheim (Träger: Stuttgarter Jugendhaus gGmbH)
  - Stadtteil- und Familienzentrum EKiz – Eltern-Kind-Zentrum Stuttgart-West, Ludwigstraße 41 - 42, Stuttgart-West (Träger: Eltern-Kind-Zentrum Stuttgart-West e. V.)

Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2020/2021 seien finanzielle Mittel für die Umsetzung von zwei Stadtteilhäusern und zehn Begegnungsstätten für Ältere PLUS bzw. Stadtteil- und Familienzentren PLUS zur Verfügung gestellt worden, berichtet die Vorsitzende. Mit dieser Vorlage werden die Grundlagen und Voraussetzungen geschaffen, um die "kleine Variante" der Stadtteilhäuser, die sogenannte "PLUS"-Option, ab 2020 umzusetzen. Die Vorlage sei ein gemeinsames Werk der Referate Soziales und gesellschaftliche Integration und Jugend und Bildung.

In der Vorlage werden die konzeptionellen Grundlagen für die sogenannte "PLUS"-Option dargestellt und die Fördergrundsätze beschrieben. Damit seien für die Träger von Begegnungsstätten für Ältere bzw. für Stadtteil- und Familienzentren die Weiterentwicklungsmöglichkeiten zu einer "PLUS"-Variante klar umrissen und die Rahmenbedingungen genannt, ergänzt die Vorsitzende.

Die Verwaltung stelle mit dieser Vorlage das Vorgehen dar, wie eine Auswahl der Standorte der "PLUS"-Variante statfinde. Eine erste Ausschreibung sei in den letzten Monaten durchgeführt, und zehn konkrete Standorte zur Umsetzung seien vorgeschlagen worden. Die Sozialplanung und die Jugendhilfeplanung hätten gemeinsam die eingereichten Bewerbungsunterlagen gesichtet und den vorliegenden Vorschlag erarbeitet. Der Vorschlag beinhalte zwei neue Standorte (Obertürkheim und Feuerbach) sowie drei Begegnungsstätten für Ältere und fünf Stadtteil- und Familienzentren.

StRin Ciblis (90/GRÜNE) weist auf die Dringlichkeit eines generationenübergreifenden Treffpunkts hin. Inwieweit die Coronabedingungen bei der Konzeption mitgedacht wer-

den, möchte die Stadträtin wissen. Herr Vecellio erwähnt, die Pandemiebedingungen seien zum Zeitpunkt der Konzeption nicht mitgedacht worden. Allerdings könne er sich vorstellen, dass neue Formen des Kontakts sowie der Unterstützung entwickelt werden.

Bezogen auf die Module des Konzepts bemängelt StRin Ciblis, dass "1.3 Mittagstisch", 3.1 "Menschen unterschiedlicher Kulturen begegnen sich" und 4.5 "Aufsuchende Arbeit für ältere Menschen im Umfeld eines Stadtteilhauses" entfallen. Hinsichtlich des entfallenden Moduls 3.3 "Inklusion von Menschen mit Behinderung" äußert StRin Ciblis, es sei für ihre Fraktion undenkbar, dieses Handlungsfeld nicht zu berücksichtigen bzw. unberücksichtigt zu lassen. Darüber hinaus interessiert sie, ob eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Bedarfsermittlung stattgefunden habe.

Die Bedarfe seien pro Bezirk ermittelt worden, teilt Herr Vecellio mit. Mit den Fachkräften, Bezirksvorstehern, Bürgerinnen und Bürgern sei der Prozess im Sinne einer möglichen Nutzung vorangebracht worden.

Ebenso wie seine Vorrednerin befürwortet StR Dr. Nopper (CDU) die Konzeption und erkundigt sich, warum bei der Planung der Stadtbezirk Süd nicht berücksichtigt worden sei. Bisher lägen noch nicht aus allen Bezirken Anträge vor, erläutert Herr Vecellio. Es handle sich um einen Prozess, der im nächsten Haushaltsjahr weitergeführt werde. Möglichst viele Einrichtungen sollen angesprochen werden.

Angesichts der konzeptionellen Grundlage erkundigen sich StR Dr. Nopper und StRin Meergans (SPD), ob das Willkommensfrühstück sowie der Mittagstisch als Handlungsfelder enthalten seien. Dabei interessiert StRin Meergans, ob die Module, die mit "entfällt" bezeichnet seien, bei einem Entwicklungsschritt des Hauses künftig angeboten werden können.

Maßgeblich bei dieser Entwicklung sei die Tatsache, kleineren Einrichtungen den Weg in Richtung Stadtteilhaus nicht zu verwehren, so die Vorsitzende. Wenn diese Einrichtungen sich weiterentwickeln wollen, trotz der aktuellen räumlichen Gegebenheiten, solle den Häusern die Möglichkeit gegeben werden, sich zu einem "PLUS"-Standort weiterzuentwickeln. Dabei werde auf das eine oder andere Modul als zwingende Vorgabe verzichtet. Es handle sich um eine Option zur Weiterentwicklung.

Herr Vecellio bemerkt, dadurch, dass Module entfallen, könne möglichst vielen Einrichtungen die Chance einer Weiterentwicklung geboten werden. Hierbei spielen die Größe und die Ausstattung der Einrichtung eine Rolle, in der sich nicht alle Module des Konzepts realisieren lassen. Wenn sich zwei bis drei Einrichtungen in einem Stadtbezirk befänden, könne es durchaus sein, dass eine Begegnungsstätte das Modul aufsuchender Arbeit umsetze und ein Stadtteilhaus einen Mittagstisch anbiete. Über die Begegnungsstättenförderung könne das Modul mit abgedeckt und als Baustein im ganzen Bezirk angeboten werden. Wenn z. B. die interkulturelle Arbeit als Modul entfalle, gebe es das Handlungsfeld als Querschnittsthema.

StRin Meergans regt eine Übersicht an, welche Module in welchem Stadtbezirk vertreten seien. Eine entsprechende kartografische Darstellung sagt Herr Vecellio zu.

Von Trägerseite werde die Vorlage unterstützt, äußert Herr Meier. Die Konzeption ermögliche eine Trägervielfalt und eine vielfältige Nutzung der Räume in den Einrichtungen. Da in manchen Einrichtungen keine Küche vorhanden sei, könne ein Mittagstisch

nicht angeboten werden - obwohl in manchen Sozialräumen gerade dieses Modul für ältere Menschen im Rahmen einer Tagesstruktur notwendig sei. Viele Möglichkeiten und Bedarfe werden in den Sozialräumen vonseiten der Träger gesehen und sollen im Rahmen der "PLUS"-Option entwickelt werden, ergänzt Herr Meier.

BMin Fezer stellt abschließend fest:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt einstimmig wie beantragt.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

## Verteiler:

- I. Referat JB  
zur Weiterbehandlung  
Jugendamt (28)  
Referat SI  
zur Weiterbehandlung  
Sozialamt (5)
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. OB-ICG
  3. OB-KB
  4. Referat AKR  
Haupt- und Personalamt
  5. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)
  6. BVinnen Mitte, Ost  
BV West
  7. BezÄ Bo, Feu, Hed, Mühl, Mün, Ob, Un
  8. Rechnungsprüfungsamt
  9. L/OB-K
  10. Hauptaktei
  
- III.
  1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  2. CDU-Fraktion
  3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION  
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
  4. SPD-Fraktion
  5. FDP-Fraktion
  6. Fraktion FW
  7. AfD-Fraktion
  8. Fraktionsgemeinschaft PULS